



1 Aktuelles aus dem Landesbezirksvorstand

Nach Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit beglückwünscht der Vorstand Jubilare aus seinen Reihen, die zwischen den Sitzungen einen „runden“ Geburtstag begangen haben.

2 Mitgliederentwicklung/ Tarifpolitik/ Regierungsbildung

Die Berichterstattung durch den Landesbezirksleiter begann in den letzten Sitzungen mit einer über alle Gliederungen hinweg zufrieden stellenden Mitgliederentwicklung. Im Vergleich zu den anderen Landesbezirken lagen wir im vorderen Mittelfeld – eine Position, die wir zum Ende des Jahres 2017 nicht halten konnten. Die Ursachen werden natürlich mit den jeweiligen Fachbereichen analysiert, eine erste Zwischenbilanz wird in den Halbjahresplanungsgesprächen gezogen. Mit Blick auf die Demographie unserer Mitglieder wird deutlich, welche Sofortmaßnahmen zu ergreifen sind.

Die Bundestarifkommission für den Öffentlichen Dienst hat das Forderungspaket beschlossen. In den Ende Februar beginnenden Tarifverhandlungen für die 2,3 Mio. Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen wird die ver.di Verhandlungskommission eine Gehaltsanhebung von 6% fordern - mindestens um 200 EUR sollen die Tabellenentgelte steigen. Für die Auszubildenden sollen die Entgelte um monatlich 100 EUR anwachsen, Übernahmeregelungen sollen wieder in Kraft treten und die Nachtarbeitszuschläge in Krankenhäusern sollen auf 20% steigen. Es wird auch in dieser Tarifrunde darauf ankommen, mit welcher Entschlossenheit unsere Mitglieder diese Forderungen durchsetzen. Dass die öffentlichen Haushalte im letzten Jahr einen Überschuss von fast 40 Mrd. EUR verbuchen konnten, wird nicht automatisch zu einer Umverteilung auf die Beschäftigten führen.

Bei der Post AG hat es eine breite Mitgliederbefragung gegeben – aufsuchend durch Vertrauensleute und ver.di-Betriebsräte, um zu ermitteln, welche Wahl die Mitglieder zwischen Lohnerhöhung und Zusatzurlaub bzw. Arbeitszeitverkürzung favorisieren. Fast 40.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich beteiligt, eine große Mehrheit hat sich für die Eröffnung einer Wahlmöglichkeit ausgesprochen.

Neben den Tarifverhandlungen bei den Firmen des Telekom-Konzern laufen eine Vielzahl von Haus- und Firmentarifverhandlungen - beispielsweise im Bereich des Gesundheitswesens, im Bildungsbereich und bei den Zeitungsredaktionen.

Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48% bis zum Jahre 2025 ist positiv, ebenso die Deckelung des Beitrages bei 20%. Mit der Verbesserung der Erwerbsunfähigkeitsrente und der Einführung einer Grundrente ist ein richtiger Schritt gemacht worden. Ebenso richtig ist die Einbeziehung von Soloselbstständigen in die gesetzliche Altersversicherung.

8.000 neu zu schaffende Stellen im Rahmen eines Sofortprogramms in der Altenpflege sind vor dem Hintergrund von mehr als 13.000 Einrichtungen nur ein Anfang. Die Personalausstattung in den Krankenhäusern soll über die Festlegung von Personaluntergrenzen in allen bettenführenden Abteilungen verbessert werden. Bei der Ausgestaltung wird ver.di einen maßgeblichen Einfluss ausüben.

3 Berichte aus den Gliederungen

Heike Thoms, Vorsitzende des Landesfrauenrates, informiert den Vorstand über die Vorhaben der Frauengremien in den Bezirken und im Landesbezirk. Neben spezifischen Themen werden sich unsere weiblichen Mitglieder aktiv an den Aktionen vor Ort beteiligen.



Die Vielfalt der Themen im Bezirk Thüringen umreist dessen Vorsitzender Denny Möller.



Ortsvereinsgründungen, Organisationswahlen und der Einsatz für die Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Thüringer Personalvertretungsgesetz stehen ebenso auf der Agenda wie Fragen der Tarifbindung in der Sozialwirtschaft und die Anwendung des Vergabegesetzes. Eine mit der IG Metall und dem DGB erstellte Broschüre zu den Betriebs- und Personalratswahlen weist auf die aktuellen Herausforderungen bei der Vorbereitung/Durchführung der Wahlen hin – das Vorgehen der AfD wird dezidiert unter die Lupe genommen.

Für die Beschäftigten in der Magdeburger Bezirksverwaltung haben sich die Arbeitsbedingungen seit dem 1. Februar extrem verbessert, was nach den Darlegungen vom Bezirksvorsitzenden Jörg Hulverscheidt auch den Mitgliedern zu Gute kommen wird. Im Chemnitzer Büro finden wir eine ähnliche Situation vor, auch wenn hierüber nicht explizit berichtet wurde.

Für den Landesarbeitsausschuss gibt Claudia Kuka einen kurzen Ausblick auf die Vorhaben im Jahre 2018 und die unbefriedigende Situation rund um den Tarifvertrag „Erschwernisse“.

Mit viel Beifall honoriert der Vorstand den Bericht von Kerstin Thorwirth aus dem Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung.

An der MLU Halle sollte die Ausbildung der Musikschullehrer/Innen eingestellt werden – ein folgenschwerer Schritt für das Land Sachsen-Anhalt, in dem dann eine solche Ausbildung von der Bildfläche verschwinden würde. Studenten, Lehrkräfte und ver.di schlossen sich zusammen, traten an den Senat und den Fakultätsrat heran, führten Veranstaltungen durch und erfuhren mediale Beachtung. All das führte dazu, dass der Ausbildungsgang erhalten bleiben wird!

Thomas Elstner, seit vielen Jahren Mitglied im Erwerbslosenausschuss unseres Landesbezirkes, betrachtet die Vereinbarungen zur Rente im Koalitionsvertrag sehr kritisch. Sie gehen nach seiner Ansicht nicht weit genug. Auch seien Kompromisse bei einzelnen Berufsgruppen verankert, die so nicht in unserem Sinne sein können. Als Beispiel nannte er die festgeschriebenen Regelungen bei den Zeitungszustellern.

Auf die großen Herausforderungen bei Bezirksfusionen ging Wolfgang Felgner, Vorsitzender des landesbezirklichen Seniorenausschusses, ein. Das Zusammenführen vormals eigenständiger Gremien in Dresden, Chemnitz und Zwickau zu einem gemeinsamen Ausschuss, der dann die Interessen der fusionierten Einheiten vertreten soll, geht im Bereich der Senioren unerwartet stockend voran. Er appelliert an die Beteiligten, im Sinne des Fusionsbeschlusses eine gemeinsame Linie zu finden.

Über die aktuellen Diskussionen und Vorhaben bei der Umsetzung der Bezirksfusion im „süd-ost-westlichen Raum Sachsens“ informiert Klaus Tischendorf in seiner Funktion als Mitglied des Übergangsvorstandes.



Mit der Vorbereitung der ersten gemeinsamen Bezirkskonferenz ist das Fernziel definiert, der Weg dahin ist nach seiner Einschätzung nicht einfach, wird aber von dem lösungsorientierten Herangehen der Beteiligten determiniert.

4 **Beschlussfassungen**

Die Palette der Beschlussfassungen zu den Organisationswahlen erstreckte sich von der Einberufung und der Zusammensetzung der Landesbezirkskonferenz bis hin zur Struktur des künftigen Landesbezirksvorstandes und zur Aufteilung der auf unseren Landesbezirk entfallenen Delegierten zum Bundeskongress.

Eine Beschlussvorlage zur Verwendung nicht verbrauchter Finanzmittel aus dem Jahre 2017 wird von Jörg Pfeiffer vorgestellt, anschließend diskutiert und dann mehrheitlich beschlossen.



V.i.S.d.P. ver.di Landesbezirk SAT, Karl-Liebknecht-Str. 30-32, 04107 Leipzig,
Jörg Förster

5 **Gastvortrag und Diskussion**

Aus aktuellem Anlass hat der Vorstand Christoph Schulz-Hackbarth eingeladen. Der Datenschutzsachverständige referiert zum Thema „Messenger – Ende zu Ende Verschlüsselung“. Dem Vorstand wurden die Risiken bei der Speicherung, der Übermittlung und der Sicherheit von Daten bei den gängigen Messenger-Anbietern vermittelt. In der anschließenden Diskussion wurde das breite Spektrum der Nutzung deutlich.



Wer Interesse an der Präsentation hat, wendet sich bitte an seine ver.di Geschäftsstelle.

Die nächste Sitzung des Landesbezirksvorstandes findet am 10. April 2018 in Leipzig statt.